

POLITIK kompakt

Ohne Titelangabe

Grüne kritisieren „Fraktionsreserve“

München Die Landtags-Grünen kritisieren die geplante Erhöhung der Fraktionsreserve im Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre. Laut der haushaltspolitischen Sprecherin Claudia Köhler sollen CSU und Freie Wähler 110 Millionen Euro für Projekte in ihren Stimmkreisen erhalten – bei gleichzeitiger Streichung des Kinderstartgeldes. Köhler sprach von einem „Selbstbedienungstopf“. Die Fraktionsreserve ist ein Budget, über das die Regierungsfaktionen ohne Beschluss verfügen können. Der Posten war bereits von 70 Millionen Euro (2023) auf 100 Millionen (2024) gestiegen.

Gemeindetag droht mit Verfassungsklage

München Wenige Tage vor der Schlussabstimmung im Landtag wächst der Widerstand gegen Bayerns geplanten Wassercent. Der Bayerische Gemeindetag droht mit einer Verfassungskla-

ge. Hintergrund ist eine Passage im neuen Wassergesetz, die Lebensmittel- und Getränkehersteller in Krisen- und Katastrophenfällen den kommunalen Wasserversorgern rechtlich gleichstellt. Gemeindetags-Präsident Uwe Brandl (CSU) sagte der „Süddeutschen Zeitung“: „Ob das dann ein einzelner Versorger tun wird, eine Kommune oder einer von uns Verbänden, müssen wir sehen.“ Die kommunalen Versorger warnen, ihre Kernaufgabe werde damit geschwächt. In einem Brandbrief kritisieren sie, die öffentliche Wasserversorgung müsse „ortsnah, verlässlich und nachhaltig“ bleiben.

200-Punkte-Plan für modernen Staat

Berlin Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich auf ein 200-Punkte-Programm zur Modernisierung der Verwaltung geeinigt. Das sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD) nach einem Treffen der Länderregierungschefs in Berlin und sprach von einer „födera-

len Modernisierungsagenda“. Es gehe darum, Verwaltungsprozesse für Bürger einfacher und kostengünstiger zu machen. Als Beispiele nannte er Beantragungen von Ausweisen sowie einfachere Um- und Abmeldungen von Wohnungen.

2,2 Millionen für Böllerverbot

Bremen Mehr als 2,2 Millionen Menschen haben die Petition mit dem Titel „Bundesweites Böllerverbot, JETZT!“ unterschrieben. Nun hat die Gewerkschaft der Polizei Berlin die Petition an den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Ulrich Mäurer (SPD), in Bremen übergeben. „Das ist die größte Petition, die es gibt in Deutschland“, sagte der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Stephan Weh, nachdem er Mäurer die Unterschriften übergeben hatte. „Wir brauchen ein sicheres Silvester für die Einsatzkräfte.“

Wörter: 319
Seite: 10 bis 10
Ressort: Politik
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 35.447 (gedruckt)
26.754 (verkauft)
30.515 (verbreitet)
Reichweite²: 0,08737 (in Mio)

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Abendzeitung München Verlags-GmbH

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Abbildung: Claudia Köhler. Rolf Poss/imago
Fotograf/-in: IMAGO/Rolf Poss